



---

Regierungsrat

Luzern, 7. Mai 2019

## STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

**P 669**

Nummer: P 669  
Eröffnet: 04.12.2018 / Bildungs- und Kulturdepartement  
Antrag Regierungsrat: 07.05.2019 / Ablehnung wegen Erfüllung  
Protokoll-Nr.: 435

### **Postulat Fanaj Ylfete und Mit. über kein Jugendlicher darf vergessen gehen**

Der Kanton Luzern hat in den vergangenen Jahren eine übergreifende Koordination für die berufliche Integration aufgebaut, bei der alle fünf betroffenen Dienststellen (Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF), Dienststelle Berufs- und Weiterbildung (DBW), Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG), Dienststelle Volksschulbildung (DVS) und Wirtschaft Arbeit Soziales (WAS)) eng zusammenarbeiten. Die Angebote sind aufeinander abgestimmt und ergänzen sich gegenseitig. Sie werden mittels regelmässigem Reporting auf ihre Wirkung geprüft und wo Bedarf besteht, angepasst.

Die Durchlässigkeit in und unter den Angeboten wurde in den letzten Jahren optimiert. Dadurch können (inländische und ausländische) Jugendliche und junge Erwachsene nachhaltig in die Berufswelt geführt werden.

Das Augenmerk wurde dabei auch auf spät eingereiste Jugendliche aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich gerichtet. Die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) erfasst alle diese Klientinnen/Klienten und sorgt mit individuell passenden Massnahmen, z.B. dem Besuch des Programms Schule & Jobtraining (S&J) der Caritas Luzern oder einer Zuweisung ans Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) Zentralschweiz zwecks beruflicher Integration, für eine kontinuierliche Förderung dieser Zielgruppe. Bei der Abklärung des Förderbedarfs arbeitet das SAH Zentralschweiz eng mit dem Beratungs- und Informationszentrum für Bildung und Beruf (BIZ) zusammen. Dieses führt individuelle Potenzialabklärungen durch. Anhand der Ergebnisse werden die weiteren Schritte auf dem Weg ins Arbeitsleben definiert und eingeleitet, dazu gehören sowohl Sprachförderung wie auch Praktikumseinsätze im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt.

In den letzten beiden Jahren wurden in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband die Betriebe auf die Zielgruppe Migrantinnen und Migranten sensibilisiert. Die Bereitschaft, dieser Personengruppe eine Chance zu geben, ist merklich gestiegen. Das Angebot an geeigneten Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen konnte ausgebaut werden. Die involvierten Dienststellen werden die Situation jedoch weiterhin und laufend analysieren.

Auf Grund der koordinierten Weiterentwicklungen in den vergangenen Jahren drängt sich zurzeit kein Ausbau der Brückenangebote und Aufbau neuer Angebote auf. Basierend auf den obigen Ausführungen beantragen wir, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.